

Hindenburgstraße – Benennung, vertiefende Anmerkungen:

Die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ hat sich in der Vergangenheit stark mit der Erinnerungskultur im Hinblick auf Weimarer Republik und NS-Staat beschäftigt. Wesentlich auf Anregung und unter Beteiligung unseres damaligen Fraktionsvorsitzenden, Ingo Eisenbeiß, wurde die Erzbergergedenktafel am Gericht in der Hindenburgstraße 5 installiert. Der Namensgeber für diese Straße, Paul v. Hindenburg, war für das Klima, aus dem der Erzbergermord hervorging, maßgeblich verantwortlich. Trotzdem hat die Fraktion zunächst den von der Verwaltung gemachten Vorschlag, den Straßennamen „Hindenburg“ (mit Zusatzschild<sup>1</sup>) für die angrenzende Straße beizubehalten, mitgetragen. Nachdem nun aber ein Jahrzehnt nach den kontroversen Beratungen der Jahre 2015 ff. vergangen ist, möchte die Fraktion die Frage einer Hindenburgstraße erneut zur Diskussion stellen. Dabei haben wir, der Bedeutung dieser Namensgebung für unsere „Freiheitsstadt“ entsprechend, kursorisch die bisherige Debatte aufgeführt und die ausgetauschten Argumente unter dem Gesichtspunkt fortschreitender Erkenntnis gewichtet.

1. Die Debatte um die Hindenburgstraße wurde in Offenburg intensiv von 2015 bis 2019 geführt. Sie schlug sich auch in den Leserbriefspalten der Lokalpresse nieder (z.B. OT und BZ 5.9.2015). Grundsätzlich gilt: Straßennamen sind immer auch Ausdruck ihrer Zeit und verschiedener politischer Strömungen. Dies sollte man achten und nur in gut begründeten Fällen eine Neubenennung einer bestehenden Straße vornehmen. Einen solchen Fall sieht unsere Fraktion bei der Hindenburgstraße jedoch gegeben.
2. Die Verwaltung, vertreten durch den Fachbereich Kultur (Frau Lötsch, Herr Dr. Gall), hatte für Offenburg die Überprüfung der Straßennamen vorgeschlagen. Zu dieser Überprüfung hatte auch das Beispiel der Universitätsstadt Freiburg angeregt. Sie hatte hierzu eine hochkarätig besetzte Historikerkommission eingesetzt.
3. Die Überprüfung der Straßennamen in Offenburg<sup>2</sup> erbrachte vor allem beim ehemaligen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg ein kontroverses Ergebnis.

---

<sup>1</sup> Vom OT als „Salomonische Lösung“ eingestuft, z.B. 1.2.2020

<sup>2</sup> Siehe dazu, dargestellt im Rahmen der gesamten Offenburger Erinnerungskultur: [https://regionalia.blb-karlsruhe.de/frontdoor/deliver/index/docId/20689/file/BLB\\_Gall\\_Loetsch\\_Erinnerungskultur\\_Offenburg.p df](https://regionalia.blb-karlsruhe.de/frontdoor/deliver/index/docId/20689/file/BLB_Gall_Loetsch_Erinnerungskultur_Offenburg.pdf) . Dort allerdings irrtümlich die Bürgerversammlung mit Prof Steinbach mit abweichendem Datum angegeben.

Während die Kommission in Freiburg bei Hindenburg einmütig auf „untragbar“ entschieden hatte, und auch der Fachbereich Kultur dies zunächst für Offenburg vertrat, folgte er nach einer Bürgerinformation am 06.10.2016 dem Votum des von ihm zu der Veranstaltung eingeladenen Professors Peter Steinbach. Dieser votierte im Gegensatz zu den Freiburger Historikern für „beibehalten“. Dies tat er trotz der erdrückenden negativen Quellenbelege zum Handeln Hindenburgs. Dieses einseitige Votum wurde von der Verwaltung übernommen. Sie brachte dies mit dem Votum für ein Zusatzschild in den Kulturausschuss vom 20.10. 2016 ein. Der Kulturausschuss folgte dann der Empfehlung der Verwaltung.

Das Plädoyer des Fachbereichs Kultur, trotz der offensichtlichen massiven Verfehlungen Hindenburgs, den Namen mit Zusatzschild beizubehalten, erfolgte nicht gedankenlos, sondern in der Erwartung, dass diese Benennung als „Stachel im Fleisch“ bestehen bleiben werde, vgl. BZ vom 3.2.2020. In Städten, die einfach umbenannt hatten (wie Freiburg), hätte es keine vertiefte Diskussion gegeben. Ein von der Fachbereichsleitung angeführtes Argument war „Konfliktvermeidung“.

4. In Vollzug des Votums des Kulturausschusses, dem der Gemeinderat folgte, wurde das Zusatzschild angebracht. Es trägt diesen Text:



5. Im Jahr 2025 beschloss der Gemeinderat, die Ehrenbürgerschaften der Stadt Offenburg zu überprüfen. Verschiedenste höchst fragwürdige Menschen trugen seit der NS-Zeit unwiderrprochen diese Würde, darunter Hindenburg. Zwingend notwendig geworden war dies auch deswegen, weil der Gemeinderat beschlossen hatte, Frau Eva Mendelsson die Ehrenbürgerwürde zuzuerkennen. Eva Mendelsson ist die letzte noch lebende Offenburger Bürgerin, der durch das

Tun dieser „fragwürdigen“ (eigentlich: verbrecherischen) Menschen schwerstes Unrecht und Leid angetan wurde. Ihre Ehrung ehrt stellvertretend auch die toten NS-Opfer, einschließlich der von 1933-1945 Vertriebenen und Ermordeten.

6. Nachdem der Gemeinderat Hindenburg mit großer Mehrheit die Ehrenbürgerwürde aberkannt hat, muss zwingend die Frage erörtert werden: Ist die Ehrung Hindenburgs durch Benennung einer wichtige Straße nach ihm weiterhin tragbar, oder muss nicht dies gleichermaßen überprüft werden?

Dabei sollten wir uns zunächst mit dem Schild befassen, welches die Beibehaltung des Namens Hindenburg ermöglichen sollte, und in einem zweiten Schritt mit der grundsätzlichen Problematik „Hindenburg“.

7. Das Schild spiegelt in seinem sichtbaren Teil das Wissen der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts, wenn es heißt, Hindenburg trage „Mitverantwortung“, „da er Hitler zum Reichskanzler ernannte“.

Zunächst einmal, Hitler war Repräsentant der stärksten Partei. So wäre es bei einem normalen parlamentarischen Vorgang das verfassungsmäßige Recht des Reichspräsidenten gewesen (und unter anderen parlamentarischen Bedingungen u.U. sogar seine Pflicht), Hitler zum Kanzler zu ernennen.

Die Frage lautet angesichts dieser Feststellung: Kann der von der Verwaltung formulierte Sachverhalt zu weiterer Erkenntnis beitragen oder vernebelt er nicht eher das Geschehen, weil er auf einem überholten Wissen aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts basiert?

Der Heidelberger Professor, Fritz Ernst, wurde von Karl Jaspers als „politisch klügster Kopf“ der Heidelberger Professorenschaft nach der NS-Zeit eingestuft. Fritz Ernst publizierte 1963 „Die deutschen und ihre jüngste Geschichte“<sup>3</sup>. Er wollte in dem Buch an das „Durchschnittserlebnis“ der Deutschen in den letzten 50 Jahren anknüpfen. In diesem Zusammenhang urteilt er: *„Hindenburg hat seine Amtspflichten ...treu erfüllt ..., und dass er in der Abwehr Hitlers nicht erfolgreicher war, wer kann es ihm übelnehmen, wo doch so viele andere, wirkliche Politiker, versagt haben?“* D.h. Fritz Ernst sah durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler eine Mitverantwortung Hindenburgs; er urteilt jedoch im Folgenden angesichts des Versagens so vieler Politiker, Hindenburg sei *„weitgehend entlastet“*.<sup>4</sup>

Heute, zwei Generationen später, wissen wir jedoch durch die Freigabe von Akten und intensive Forschungen, dass dieses Urteil von 1963 auch nicht im Ansatz zu halten ist. Hindenburg wurde von rechten, republikfeindlichen Kreisen zwar „als Held von Tannenberg“ hervorgehoben und geradezu ein Kult um ihn entfacht.

Dies aber vor allem, weil es auch diesen Kreisen und dann auch den Nationalsozialisten nützte.

---

<sup>3</sup> Kohlhammer Verlag, Stuttgart

<sup>4</sup> S. 77

Von den vielen negativen Punkten, die von der Fachforschung zu Hindenburg erarbeitet worden sind, seien hier nur drei gravierende genannt:

- a. Hindenburg hat keine Abwehr Hitlers betrieben, sondern zielgerichtet Hitlers Weg an die Macht geebnet<sup>5</sup>. D.h., um es deutlich zu sagen, er brach seinen Eid, den er auf die Verfassung der Republik geschworen hatte und deren oberster Verteidiger er hätte sein müssen.
- b. Hindenburg hat sich feige vor der Verantwortung gedrückt, die Niederlage des Ersten Weltkrieges einzugestehen; trotz dieses Wissens hat er den Krieg verlängert und später die Niederlage den Vertretern der Republik durch die verlogene „Dolchstoßlegende“ angelastet und damit entscheidend die Republik destabilisiert.  
Dies hat die Atmosphäre geschaffen, aus der die Morde an Erzberger und Rathenau erwachsen.<sup>6</sup>
- c. Der sogenannte „Röhmputsch“ fand am 30.6.1934 statt. In dieser „Nacht der langen Messer“ ließ Hitler missliebige Personen aus SA, SS, Regimegegner und Juden beseitigen, insgesamt mindestens 100 Menschen, wahrscheinlich sehr viel mehr.  
Trotz dieser Mordorgie, in der der NS-Staat unverkennbar sein wahres Gesicht zeigte, stellte sich Hindenburg anschließend eindeutig hinter Hitler.

Weitere Punkte könnten -wie gesagt- benannt werden, aber sie festigen nur das Fazit:

Die Ehre einer Straßenbenennung nach Hindenburg, die nach dem Wissensstand des Jahres 1927 dem Offenburger Gemeinderat gerechtfertigt schien, ist nach unserem heutigen Wissensstand nicht vertretbar.

Dazu muss der heutige Gemeinderat bedenken: Welche Auswirkungen haben Straßennamen auf das Denken von Menschen, die mit diesen Namen aufwachsen und mit diesem Namen ein Heimatgefühl verbinden, wenn sie keine ausgewiesenen Fachhistoriker sind! Für diese **heutige** Bewusstseinsbildung trägt der Gemeinderat eine hohe Verantwortung.

8. Auch in anderer Hinsicht ist das Zusatzschild ungeeignet und verstößt trotz seines kurzen Textes gegen Sprachlogik und Rechtschreibung. Zunächst müsste nach „Duden“ hinter „.....Gemeinderat der Stadt Offenburg“ ein Komma gesetzt werden. Weit gravierender ist jedoch die Wertung des Inhalts.

Auf eine Straßenumbenennung hat der Gemeinderat 2016 doch nicht verzichtet,

---

<sup>5</sup> Da dies so wichtig ist, sei der Sachverhalt mit den Worten des für Münster/Westfalen maßgebenden Wissenschaftlers Prof. Hans-Ulrich Thamer, der bei der Umbenennung des Hindenburgplatzes dort eine Rolle spielte, wiedergegeben: „Spätestens mit der großen Hindenburg-Biographie von Wolfram Pyta ist die zentrale Rolle Hindenburgs bei der Auflösung der Weimarer Republik und dem Brückenschlag zur Diktatur unübersehbar und eindeutig belegbar geworden. Vor allem hat Pyta mit erdrückendem Quellenmaterial nachgewiesen, dass die Eingriffe Hindenburgs als Reichspräsident in das politische Geschehen, das zur Diktatur führte, sehr bewusste Akte eines zielgerichteten politischen Handelns waren.“

<sup>6</sup> Vgl. Carl Zuckmayer, Als wär's ein Stück von mir, Fischer Verlag, 1966 (S.310) zur Stimmung nach dem Mord: „Verreckt ist Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau“

da Hindenburg Hitler ernannte („da“ im Sinne von „weil“, das hieße also, der Gemeinderat hat diese Ernennung gewürdigt), sondern der Gemeinderat hat auf die Umbenennung verzichtet, obgleich Hindenburg Hitler zum Reichskanzler ernannte! Aber wir müssen uns bewusst machen (was 2016 unzureichend geschah): Damit brachte Hindenburg systematisch einen Mann an die Macht, dessen erklärtes Ziel es war, die Republik zu beseitigen.

9. Dass diese widersinnige Formulierung der Verwaltung fast ein Jahrzehnt(!) nicht beanstandet wurde, sollte zum Nachdenken anregen und zur Frage führen: erfüllt ein solches Zusatzschild seinen Zweck, komplizierte Sachverhalte ins Bewusstsein zu rücken?

Dazu erhebt sich noch die Frage: wieviel Passanten rufen den Zusatzcode ab? Es prüfe sich jedes einzelne Mitglied des Gemeinderats, welches nach 2016 in den Gemeinderat kam: Hat es das Schild aufmerksam gelesen und den Code abgerufen und bedacht?

10. Die Hoffnung, wegen der Anregung künftiger Diskussionen den belasteten Namen Hindenburg beizubehalten, hat offensichtlich getrogen. Es ist richtig: durch die fast geräuschlose Beseitigung des Namens hat es in unserer Nachbarstadt Freiburg keinerlei vertiefte Diskussion dazu gegeben. Aber es ist auch das Umgekehrte nachweisbar: Die Beseitigung des Namens brachte erhebliche vertiefte Diskussionen und förderte auch durch die heutige, bildhafte Handhabung der Umbenennung Erkenntnis. Hierfür ein frühes Beispiel aus der Freiburg ebenbürtigen Universitätsstadt Münster/Westfalen, die auch in anderer Hinsicht für die Offenburger Entscheidungsfindung beispielhaft sein könnte.

11. Das konservative Münster hat vergleichsweise früh die Frage der Vertretbarkeit einer Benennung im öffentlichen Raum nach Hindenburg gestellt. 2007 hatte der Stuttgarter Historiker Wolfram Pyta neben verschiedenen anderen Studien zur Weimarer Republik sein grundlegendes Werk über Hindenburg vorgelegt.<sup>7</sup> Es machte auch für Nichthistoriker, die sich ernsthaft um Erkenntnis bemühen, die einschlägigen Fakten zugänglich.

Von 2008 bis 2012 fanden auf der Grundlage dieser Forschungen z.T. heftige Debatten in Münster statt. Dann entschied sich der Gemeinderat mehrheitlich für eine Umbenennung. Die gesamte Fachschaft „Geschichte“ der Universität stellte sich hinter den Umbenennungsbeschluss. Trotz dieser fachlich erdrückenden Lage gaben sich die unterlegenen Gegner einer Umbenennung nicht geschlagen. Sie sammelten Unterschriften, erreichten das Quorum und erwirkten so einen Volksentscheid. Erst als dieser Volksentscheid für die ewig Gestrigen verloren ging, kehrte Ruhe ein. Der amtierende Oberbürgermeister Markus Lewe (CDU) brachte es damals in einer Grundsatzklärung, die auch für Offenburg gelten könnte, auf den Punkt:

---

<sup>7</sup> Hindenburg: Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, Pantheon Verlag

**„Jede Generation darf neu darüber entscheiden, wem die Ehre gebührt, dass Straßen und Plätze seinen oder ihren Namen tragen – und wem nicht. Hindenburg gehört nach neuen historischen Erkenntnissen nicht dazu“.**



Angesichts dieses sprechenden Fotos aus Münster sollte Offenburg bei einer etwaigen Straßenumbenennung in ähnlicher Form, rot durchgestrichen, den Namen Hindenburg beibehalten und, wenn man denn ein Schild will, mit einem Text versehen, warum der Gemeinderat 2025 diese Umbenennung/Entwidmung durchführte. Das wirkt und wird verstanden. In Offenburg wurde dies am Beispiel Kiel bereits 2015 vorgeschlagen.

12. Wir sehen aus dem Vorhergehenden, dass einige Argumente, die zu dem Beschluss der Beibehaltung des Straßennamens Hindenburg führten, der kritischen Überprüfung nicht standhalten.

Wichtig für eine erneute Entscheidungsfindung des Gemeinderates ist zusätzlich die Frage: Hat sich etwas, und wenn „ja“, was hat sich seit 2015 gewandelt und bietet dem Gemeinderat zusätzlich eine veränderte Perspektive, die neben der Unzulänglichkeit der Handhabung dieser Frage 2015/16 zu erneuter Diskussion des Sachverhaltes führen sollte. Und da gilt es, zwei Dinge hervorzuheben:

Zum ersten hat der jetzige Gemeinderat, angesichts der erdrückenden, unentschuldbaren Verfehlungen Hindenburgs, ihm 2025 die Ehrenbürgerwürde aberkannt. Alle Argumente, die zu diesem Beschluss führten, gelten natürlich gleichermaßen für eine Straßenumbenennung nach ihm.

Zum zweiten hat der Gemeinderat geradezu symbolhaft beschlossen, Eva Mendelsson die Ehrenbürgerwürde Offenburgs zu verleihen. Jeder möge für sich entscheiden, ob es hinnehmbar ist, einen der Hauptschuldigen am Elend ihrer Familie und ihrer Millionen Glaubensgenossen weiterhin mit einer Straßenumbenennung zu ehren.